

Resolution

der umweltpolitischen Sprecher der Unionsfraktionen in den Bundesländern und der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag zur Umwelt- und Naturschutzpolitik in der Bundesrepublik Deutschland

Düsseldorf, 06. Oktober 2009

Deutschland ist ein dicht besiedelter Industriestaat, der gleichzeitig von einer vielfältigen und verschiedenartigen Naturlandschaft geprägt ist. Dies gilt insbesondere für Nordrhein-Westfalen, wo ein enges Nebeneinander von industriell bestimmten Regionen und ländlichen Naturlandschaften die Charakteristik des Landes bestimmen. Die industriellen Zentren des Landes sind von abwechslungsreichen Naturräumen umgeben, die vom Niederrhein bis zur münsterländischen Parklandschaft sowie zur norddeutschen Tiefebene reichen und zu denen die Mittelgebirgsregionen in Eifel, Sauerland und Westfalen gehören. Der Klimawandel gefährdet dieses Miteinander von Natur und Nutzung und ist eine Bedrohung für unsere gewohnte Lebensumgebung.

Vor diesem Hintergrund sprechen sich die umweltpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Landtagsfraktionen dafür aus, die Zielsetzung des Umwelt-, Natur-, Klima- und Artenschutzes mindestens gleichrangig mit der Zielsetzung einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung zu verfolgen. Der richtige Weg ist nach Auffassung der umweltpolitischen Sprecher eine gesunde Mischung von hoheitlichem und kooperativem Ansatz im Umwelt- und Naturschutz.

Bei den dringend notwendigen Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel spielt der Wasserhaushalt eine zentrale Rolle. Für den Umgang mit Wasser als Grundvoraussetzung des Lebens muss das Vorsorgeprinzip in der Wasserwirtschaft gelten. Wir sprechen uns daher für eine Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) mit Augenmaß aus. Die Realisierung des Ziels, nach dem alle Gewässer möglichst bis zum Jahr 2015, spätestens aber bis 2027 einen guten ökologischen Zustand aufweisen sollen, muss in Kooperation mit Grundstücksbesitzern und -nutzern sowie den Anliegern erfolgen. Die unterschiedlichen betroffenen Gruppen, wie zum Beispiel die Land- und Fischereiwirtschaft, die Wasserkraft- und Energiebetreiber, die Schifffahrt, die Industrie und das Gewerbe sowie die Kommunen müssen durch umsetzbare Maßnahmen und ausreichende Unterstützung in der Lage sein, die hohen Zielsetzungen zu erfüllen.

Der Umbau und die Renaturierung der Emscher in Nordrhein-Westfalen ist ein Jahrhundertprojekt und Ausdruck des erfolgreich fortschreitenden Strukturwandels im Ruhrgebiet. Das Vorhaben zeigt, dass die Verbesserung der Gewässerqualität nicht nur für die Umwelt relevant ist, sondern auch eine Steigerung der Lebensqualität für die Menschen bedeutet.

Zusätzlich wird durch die Wiedernutzbarmachung und Umnutzung von Industriebrachen sowie durch die Wohnraumverdichtung mit Schließung von Baulücken eine strukturelle Weiterentwicklung eines dicht besiedelten Ballungsraumes im Sinne eines Umwelt- und Naturschutzes mit Augenmaß

vorangetrieben. Diese Weiterentwicklung ist auch im Hinblick auf die Auswirkungen des demographischen Wandels erforderlich.

Die umweltpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Landtagsfraktionen sind darüber hinaus der Auffassung, dass der schadlose Wasserrückhalt in der Landschaft, die Minderung der Hochwasserrisiken, die Stärkung der Hochwasservorsorge und die Renaturierung geeigneter Flusslandschaften gerade vor dem Hintergrund der Herausforderungen des Klimawandels Priorität genießen müssen. So sprechen sich die umweltpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Landtagsfraktionen dafür aus, dass

- bei der Schaffung von Retentionsflächen für den vorsorgenden Hochwasserschutz eine kontinuierliche Abstimmung zwischen Oberliegern und Unterliegern, aber auch mit den Grundstücksbesitzern und -nutzern erfolgt und dass sie frühzeitig in die Planung einbezogen werden. Es sollten Regelungen ergriffen werden, die seitens der Landwirtschaft freiwillig zur Verfügung gestellten Flächen bei den EU-Direktzahlungen zu berücksichtigen. Dies steigert sowohl den Gewässerschutz im Rahmen der Umsetzung der WRRL als auch die Akzeptanz der Landwirtschaft für Maßnahmen des Hochwasserschutzes.
- die in den Bundesländern unterschiedlichen Festlegungen für die Deichhöhen besser miteinander abgestimmt werden,
- die Bundesländer sich enger bei der Umsetzung der WRRL und bei der Hochwasserrichtlinie abstimmen, um insbesondere die Wasserrückhaltung nach Starkniederschlagsereignissen und Hochwassern zu verbessern (z.B. durch die Renaturierung an geeigneten Flussabschnitten),
- die Bundesregierung und die Bundesländer die Möglichkeit zur Umsetzung und Finanzierung von Moorschutzprogrammen und Auwaldreaktivierungsprogrammen in Abstimmung insbesondere mit der Landwirtschaftsförderung überprüfen.

Alle Maßnahmen dienen dem präventiven Hochwasserschutz, stellen Maßnahmen gegen den Klimawandel dar und fördern den Erhalt der Biodiversität in der Bundesrepublik Deutschland. Der kooperative Ansatz im Umwelt- und Naturschutz erfordert bei aller staatlichen Aktivität darüber hinaus auch eine angemessene Beteiligung der Wirtschaft an konkreten Maßnahmen.

Vor dem Hintergrund der anstehenden Beratungen für ein neues Klimaschutzabkommen in Kopenhagen Ende des Jahres fordern die umweltpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Landtagsfraktionen die neue Bundesregierung auf, in den Bundesländern erfolgreich angestoßene Ansätze zur Bekämpfung des Klimawandels, insbesondere zur Vorsorge gegen Wasserknappheit und Dürre und zur Verbesserung des Hochwasserschutzes in die nationalen und internationalen Strategien einfließen zu lassen.

Düsseldorf, den 06. Oktober 2009